



Neue Zürcher Zeitung

archiv.nzz.ch

Das Zeitungsarchiv der NZZ seit 1780

Herzlich willkommen im NZZ Archiv

Die von Ihnen bestellte Seite aus dem NZZ Archiv im PDF-Format:

Neue Zürcher Zeitung vom 23.01.1948 Seite b2

NZZ_19480123_B2.pdf

Nutzungsbedingungen und Datenschutzerklärung:
archiv.nzz.ch/agb

Antworten auf häufig gestellte Fragen:
archiv.nzz.ch/faq

Kontakt:
leserservice@nzz.ch

um die Mauern der Häuser, die ausländische Firmen beherbergen, mit riesigen, gekräuselten Bildern Stalins und Lenins, mit den Flaggen Rußlands und Jugoslawiens und anderer Oststaaten zu zieren; alle Arbeiter und Angestellten werden gezwungen, nach Schluß der Arbeit Versammlungen zu besuchen, die den Teilnehmern nichts anderes bieten als eine ewige Wiederholung derselben Schlagworte über den Marshall-Plan, den britisch-amerikanischen Imperialismus, die britisch-amerikanischen Kriegsherrscher oder über andere Themen, die gerade im Vordergrund der Propaganda Moskaus stehen. Denn die Mehrheit des Volkes zeigt immer noch eine „schlechte“ Gesinnung, die Leute wollen ganz einfach Rumänen und nichts anderes sein. Rumänen zu sein und im Dienst eines britischen oder amerikanischen Unternehmens zu stehen, bringt besondere Gefahren mit sich. Manche Vertreter britischer Interessen in Bukarest glauben, daß eine direkte Aktion gegen die britischen und amerikanischen Interessen vorbereitet wird.

(Copyright „Observer“ und „N. Z. Z.“)

*

Bukarest, 22. Jan. ag (AFP) Der Platzkommandant von Bukarest, General Batu, Brigadegeneral Verdes, Generalsekretär im Landesverteidigungsministerium, und Armeekorpsgeneral d.R. Gregor Niklaus, ehemaliger Kommandant der 2. Militärzone, wurden verhaftet und zur Verfugung der Militärjustiz gestellt.

Bündnis zwischen Rumänien und Ungarn

Bukarest, 21. Jan. ag (AFP) Ministerpräsident Goroza, Außenminister Anna Pauker und andere Mitglieder der Regierung sind nach Budapest abgereist, wo ein Freundschafts- und Beistandspakt zwischen Rumänien und Ungarn unterzeichnet werden soll.

Schreiben Marshalls an die griechische Regierung

Athen, 22. Jan. (Exchange) Der amerikanische Außenminister Marshall hat an die griechische Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem es unter anderem heißt:

„Ich habe im Lichte der letzten Ereignisse und entsprechend meinem Wunsch, Griechenland zu helfen, seine territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit zu bewahren, die ernsten Folgen der Bildung einer kommunistischen Rebellenregierung einer sehr sorgfältigen Betrachtung unterzogen und auch die Haltung der Vereinigten Staaten für den Fall, daß ein anderes Land die Banden Markos' anerkennen oder unterstützen sollte, erwogen.“ In Belgrad, Sofia und Bukarest und informell auch in anderen Hauptstädten seien hinsichtlich der Folgen einer eventuellen Anerkennung Vorstellungen gemacht worden sei. „General Livesay und die Offiziere unter seiner Leitung prüfen die Situation, um festzustellen, ob andere Maßnahmen oder zusätzliche Materialisierungen notwendig sind, um der griechischen Regierung die Möglichkeit zu geben, die Rebellen zu unterwerfen, die versuchen, Griechenland seine Unabhängigkeit als souveränen Staat zu rauben.“ Die Besiegung der Guerillas sei von dringendem Interesse für die Welt wie für die Zukunft Griechenlands, und es werde alles getan, um diese im Einvernehmen mit der griechischen Regierung zu verwirklichen.

Die britischen Truppen

Athen, 22. Jan. (Exchange) Englische Fliegerformationen, die am Dienstag bereits Abschluß von Griechenland gefeiert hatten, haben plötzlich Befehl erhalten, in Griechenland zu bleiben. In griechischen Kreisen glaubt man, daß dieser Befehl mit der Verschlechterung der politischen Lage im Mittelmeer zusammenhängt; die Militärbehörden geben keine Gründe an.

Erklärung Masaryks über den Marshall-Plan

Prag, 22. Jan. ag (Reuter) Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Jan Masaryk erklärte Pressevertretern, zwischen den Ländern Ost- und Westeuropas werde es zu einem nichtpolitischen wirtschaftlichen Kontakt in der Frage des Marshall-Planes kommen. Der Marshall-Plan könne ohne polnische Kohle und ohne Baumholz aus dem Osten nicht durchgeführt werden. Bereits in kürzester Zeit werde Europa Möglichkeiten einer Zusammenarbeit in verschiedenen Richtungen erkennen, auch wenn politisch die Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen gespannt bleiben sollten.

Gedenkfeier für Lenin in Moskau

Paris, 22. Jan. ag (AFP) Wie das sowjetische Radio meldet, wohnten Stalin, Molotow, Schdanow und andere Persönlichkeiten der feierlichen Sitzung zur Erinnerung an den 24. Jahrestag des Todes Lenins im Großen Theater in Moskau bei. Stalin wurde von den Anwesenden herzlich begrüßt.

Die Feier wurde vom Moskauer Sender übertragen. Der Präsident des „Propaganda- und Agitationskomitees der Kommunistischen Partei“, Stolow, Mitglied des Zentralkomitees der Partei, hielt die Erinnerungsrede, in welcher er das Werk Lenins würdigte und auf die Fortschritte der Sowjetunion seit der Machtergreifung des Kommunismus hinwies. Der Redner zog dann einen Vergleich zwischen der Entwicklung der Wirtschaft in der Sowjetunion und in den kapitalistischen Staaten und bemerkte:

„Die Wirtschaft der kapitalistischen Länder begiebt unter den Schlägen einer steigenden Krise immer größeren Schwierigkeiten. Die Produktion nimmt ab, und in gleichem Maße nimmt das Heer

der Arbeitslosen zu. Die amerikanischen Imperialisten haben das reaktionärste Regime aller Zeiten geschaffen. Unter der antikommunistischen Flagge organisieren die Vereinigten Staaten von Amerika eine bewaffnete Intervention in freiheitssiehenden Ländern wie Griechenland, China und Indonesien und mischen sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein.“

Stolow preist dann das Werk der Kommunistischen Partei in der Welt und wie besonders auf die Erhöhung der Zahl der Mitglieder der kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens hin.

Moskau, 22. Jan. (Exchange) Anlässlich des Jahrestages von Lenins Tod wurden am Mittwoch nicht weniger als 65 000 Sowjetbürger mit dem höchsten russischen Orden für Zivilisten, dem Lenin-Orden, dekoriert.

Verlustreiche Kämpfe in Palästina

Jerusalem, 22. Jan. ag (APP) Am Donnerstagmorgen griffen Araber einen jüdischen Transport zwischen Tel Aviv und Jerusalem an. Ein kleiner Lastwagen der Haganah, die den Transport schützte, wurde beim Eingang des Dorfes Yazur durch eine Barrikade aufgehalten. Die Araber töteten sieben darauf befindliche bereits verletzte jüdische Hilfspolizisten.

Eine Stunde später griff eine Abteilung der Haganah an der gleichen Stelle eine Gruppe Araber an und tötete zwölf von ihnen.

Die Internationale Flüchtlingsorganisation

Die Budgetlage 1947/48

C. L. Genf, 22. Januar

Die Gesamtaufgaben der I. R. O. werden von dem Exekutivsekretär in seinem Bericht für 1947/48 auf 117 Millionen Dollar veranschlagt. Er ist ziemlich sicher, daß diese Summe im laufenden Jahr auch eingehen wird. Wenn noch andere Staaten die Satzungen ratifizieren werden, könnten die Kredite für Wiederaufbau sogar erhöht werden. Jedenfalls kann die I. R. O. ihr diesjährige Programm durchführen. Trotzdem ist die Finanzlage noch keineswegs gelöst. Die Deviseンsicherheiten bleiben bestehen; auch ist es nicht leicht, schwache Devisen zu verwenden. Abgesehen davon gibt es Aufgaben, mit denen sich die I. R. O. befassen sollte, mit denen sie sich aus finanziellen Gründen bis jetzt nicht befassen konnte. So war sie bis jetzt nicht in der Lage, gewisse Gruppen in der französischen und britischen Besatzungszone zu helfen. Es war ihr auch nicht möglich, ihre mit dem 1. Juli in Kraft gesetzte Verfügung, keine neuen Unterstützungsfälle zuzulassen, aufzuheben. Denn ihre Mittel reichen nicht, um allen berechtigten Personen, denen aus menschlichen Gründen geholfen werden sollte, zu helfen. Auch ist das Unterstützungsverein sehr bescheiden, während es dringend wünschenswert wäre, es erläutern zu können. Hilfe wäre insbesondere auch hinsichtlich der Bekleidung notwendig. Was die administrativen Einsparungen anbelangt, bemerkte der Exekutivsekretär, muß man sich fragen, ob man nicht, um einige Tropfen Pech zu sparen, das Schiff gefährdet habe. Die Gewährung von um ein geringes größeren Krediten für diese Zwecke hielte er für einsichtig. Besonders sollte in den Aufnahmelandern das Aufnahmepersonal vermehrt werden. Aus allen diesen Gründen ersuchte der Exekutivsekretär dringend darum, daß die Regierungen, die schon Mitglieder der I. R. O. sind, ihre Beiträge möglichst rasch, vollständig und wenn möglich in starken Währungen einzahlen möchten. „Man muß hoffen“, so meinte er zum Schluß und hat auch allen Grund dazu, „daß noch vor Beginn der zweiten Rechnungsperiode 1948/49 andere Länder die Satzungen ratifizieren und ihre Beiträge bezahlen werden.“

Um den Beitritt der Schweiz

Der amerikanische Delegierte George Warren machte sich diesen Optimismus zu eigen, indem er erklärte, daß im Augenblick, wo die I. R. O. sich konstituiert haben werde, ihre Länder wie die Schweiz, Irland, Polen und Österreich beitreten würden.

Der Beitritt der Schweiz zu dem humanitären Werk der Vereinten Nationen zugunsten der Flüchtlinge liege durchaus in der Linie von Bundesrat Petitpierre und entspricht sicherlich auch dem Willen der großen Mehrheit des Schweizer Volkes. Ihnen ist darum gelegen, bei aller Festhaltung an traditioneller Neutralität auf dem nicht politischen Felde internationaler Aktionen eine aufgeschlossen aktiv-aufbauende Haltung einzunehmen. Erste Flughafnahmen haben, so scheint es, in Genf, den Eindruck hinterlassen, daß man in Bern die Frage eines allfälligen Beitritts der Schweiz in positiver Sinne zu prüfen gedenke. Es ist möglich, daß der schweizerische Beitrag nicht unbedingt in einem runden Summe Geldes, sondern zu einem Teil auch in Leistungen bestehen könnte, die den Flüchtlingen und „displaced persons“ unmittelbar zugute kämen. Eine Lösung dieser Art sollte unbedingt gefunden werden, denn die schweizerische Öffentlichkeit hält doch sehr darauf, daß der Nutzeffekt bei humanitären Werken möglichst groß ist.

Frankreich

Neue Kommissare in Afrika

Paris, 21. Jan. ag (AFP) Die französische Regierung ernannte Béchard zum Hochkommissar in Französisch-Westafrika, de Chevigne zum Hochkommissar auf Madagaskar und Cornut-Gentil zum Hochkommissar in Französisch-Aquatorialafrika.

Hirrichtung von Kollaborationisten

Paris, 21. Jan. ag (AFP) In Paris wurde am Mittwoch der frühere Eisenbahner Paul Thétier, der seinerzeit der Widerstandsbewegung beigetreten war, um seine Kameraden den Deutschen zu verraten. Am gleichen Tage wurde in Niamey Pierre Istru hingerichtet, der den Deutschen Juden und Flüchtige Arbeitsdienstpflichtige verraten hatte. Schließlich wurde in Douai der Kollaborationist Robert Ferran erschossen.

Die Explosion im Fort Dailly

Das Untersuchungsergebnis

Bern, 22. Jan. + Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung vom Ergebnis der am 10. Januar zum Abschluß gebrachten Untersuchung über die Explosion im Fort Dailly vom 28./29. Mai 1946 Kenntnis und davon Vornahme genommen, daß gemäß Antrag des Untersuchungsrichters der Angelegenheit in strafrechtlicher Hinsicht keine weitere Folge zu geben ist.

Wie der Mitteilung der Bundeskanzlei zu entnehmen ist, verwertet der Bericht des Untersuchungsrichters die nach dem Unglück an Ort und Stelle gemachten Feststellungen, die Ergebnisse der Abklärung der von Drittpersonen gemachten Beobachtungen vor und nach der Explosion, die ihm fortgesetzt bis zum 11. Oktober 1947 zur Kenntnis gebracht wurden, und insbesondere die Schlüsse der aus Fachleuten aller einschlägigen wissenschaftlichen und technischen Gebiete zusammengesetzten Expertenkommission.

Der Bericht des Untersuchungsrichters stellt fest, daß sich die erste Detonation am 28. Mai um 23 Uhr 38 ereignet hat und gefolgt war von zwei weiteren starken Explosionen. Sie erfolgten mit einer Wucht, daß mehrere Geschütze mit ihren in den Fels eingebauten Geschütztürmen vernichtet und im Innern der Festung starke Zerstörungen verursacht wurden. Die zerstörten Magazine hatten Munition verschiedener Art enthalten. Es ergibt sich ein Gesamtschaden in Höhe von rund 20 Mill. Franken, wovon ein Betrag von rund 5 Mill. Fr. durch die Versicherung gedeckt ist.

Bei der Erforschung der Ursache ist die Expertenkommission zur Überzeugung gelangt, daß das Munitionsmagazin Nr. 1 als erstes explodierte und die Explosion der zwei benachbarten Magazine verursachte. Seinerzeit war vermutet worden, daß die zahlreichen Erdbeben in den Alpen in den Jahren 1945 und 1946 die Katastrophe verursacht haben könnten. Die Experten schließen jedoch seismische und geologische Ursachen aus. Ferner berichten die Experten, daß nichts auf einen Brandherd anfallbar halb der Magazine, wie auch nichts auf die Klimaanlagen in den Magazinen als Ursache der Katastrophe schließen läßt. Sie stellten ebenfalls fest, daß kein Kurzschluß vor der ersten Explosion sich ereignete, da das Licht erst später auslöste und daß die elektrischen Leitungen und die elektrischen Installationen der Munitionsmagazine als Ursachen außer Betracht fallen. Ebenfalls sind sie von der Idee der Gasauströmung aus den Minen von Dorena und der Entzündung eines Aetherluftgemisches abgekommen. Sie stellen fest, daß keine Anhaltspunkte für Nachlässigkeit oder Sabotage gefunden werden können. Insbesondere können keine Opfer der Katastrophe verdächtigt werden.

Abschließend geben sie der Ansicht Ausdruck, daß deshalb die Ursache der Katastrophe wahrscheinlich in der Selbstentzündung durch chemische Zersetzung von Nitrozellulosepulver zu suchen sei.

Der Expertenbericht enthält verschiedene Empfehlungen für die Vorsorge, wie die Wiederherstellung ähnlicher Explosions nach Möglichkeit zu vermeiden sei. Der Untersuchungsrichter hat den Bericht, ohne den Abschluß seiner eigenen Untersuchung abzuwarten, den interessierten Stellen am 24. April 1947 zugestellt.

Der Bundesrat hat ferner davon Kenntnis genommen, daß die zuständigen Stellen des Militärdepartements, insbesondere die Kriegstechnische Abteilung, die Kriegsmaterialverwaltung und die Gruppe Festungswezen, sofort nach der Explosion von Fort Dailly und auf Grund ihrer an Ort und Stelle gemachten Beobachtungen ausgeholt Studien und Versuche zur Prüfung der möglichen Vorbereitungsmethoden an die Hand genommen haben, die nach Eingang des Expertenberichts unter Berücksichtigung seiner Anerkennung fortgesetzt werden sind.

EIDGENOSSENSCHAFT

Die Bundesfinanzreform

Bern, 22. Jan. + Nachdem die Botschaft über die Bundesfinanzreform an der Extra-sitzung des Bundesrates am Donnerstagvormittag durchberaten worden war, wurde in den Verhandlungen des Nachmittags festgestellt, daß der Bundesbeschlußentwurf über die verfassungsmäßige Neuordnung des Finanzhaushalts des Bundes den früher gefassten Beschlüssen des Bundesrates über die Gestaltung der Bundesfinanzreform entspricht.

Am Dienstag wird eine Presskonferenz stattfinden, an der Bundesrat Nobs und Dr. E. Kull, Delegierter des Bundesrates für die Bundesfinanzreform, referieren werden und die Botschaft ausgehändigt werden soll.

*

„Zwischenbilanz zur Diskussion um die Bundesfinanzreform“. In dem in Nr. 79 der „N. Z. Z.“ vom 13. Januar unter obigem Titel erschienenen Artikel war in bezug auf die zusätzliche Wehrsteuer der Satz enthalten: „Einen Teil der Verantwortung für jeden Entscheid tragen in übrigens auch die wirtschaftlichen Spitzenverbände selber, die damals zu einem Ersatz der Kriegswehrsteuer, wenn auch in etwas gemilderter Form, Hand geboten haben.“ Vom Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins ist uns auf diese Bemerkung ein Schreiben zugegangen, das die näheren Umstände darlegt, unter denen damals die Beschlüsseinfassung der Wirtschaftsverbände zu dieser Maßnahme standen. Es geht daraus hervor, daß die Spitzenverbände grundsätzlich absolut gegen die Wehrsteuerzuschläge eingestellt waren und schließlich nur angesichts der völligen Aus-

sichtlosigkeit, mit der Forderung nach Verzicht auf die Maßnahme bei den politischen Instanzen durchzudringen, erklärt, daß ein starker progressiv aufgebauter Wehrsteuertarif die einzige gangbare Lösung darstellen würde.

In ausgedehnten Versuchen wurde der Einfluß elektrischer Leitungen und Anlagen (Klimaanlagen, Radiatoren usw.) auf die Munition festgestellt. Andere Experimente untersuchten die Schlagwirkungen auf die Munition, z. B. durch Fallenlassen, Einsturz von Gestellen, Gewölben und durch andere äußere Gewalt. Ein geologischer Experte wurde beauftragt, in den Magazinen das Vorkommen von Erdgas zu prüfen; das Ergebnis war negativ. Es wurde ferner festgestellt, daß nirgends Aether-Alkohol-Dämpfe in Mengen auftreten, die im entferntesten zu Bedenken Anlaß geben könnten.

Über hundert Sprengversuche, zum Teil mit größeren Munitions Mengen, ergaben die Grundlage für die Aufstellung von Gefahrenklassen und von Richtlinien für eine geeignete Lagerung verschiedener Munitionsarten, mit dem Zweck, ein Weitergreifen allfälliger lokaler Explosionen zu verhindern.

Auf Grund all dieser Untersuchungen wurden jeweils die als geeignet erscheinenden Sicherheitsmaßnahmen angeordnet. Eine der wichtigsten war die Einleitung einer Umschichtung der Munition in den Magazinen nach den vorgenannten Richtlinien.

Weitere in der Zeit zwischen den Explosions von Fort Dailly und Mitholz zur Durchführung gelangte Sicherheitsmaßnahmen bestanden in der Entfernung betriebsfremden Materials und elektrischer Anlagen aus den Stollen und aus der Vermeidung der Feuerlöscher und Sauerstoffgeräte in den Magazinen. Zur Erhöhung der Sicherheit sind auch neue Vorschritte über die Nachkontrollen der elektrischen Anlagen, die Erdung in den Magazinen mit Gleiseinschluß, wie auch strengere Weisungen an das in den Stollen arbeitende Personal erlassen worden.

Gemäß einer Untersuchung der Expertenkommission finden periodische Nachkontrollen der Stollen gewölbte durch geologische Experten statt.

Besonderes Gewicht ist auf die Revision der Munitionsbestände gelegt worden. Pyrotechnisches Material und Brandbomben wurden ausgelagert und die Abnahme der Zünden bei den Geschossen größeren Kalibers beschleunigt. Die letzterwähnte Maßnahme ist bereits zu einem Drittel durchgeführt. Für die Revision der Munition ist für das Jahr 1948 ein Kredit von 8 Mill. in das Budget aufgenommen worden, gegenüber 5 Mill. im Vorjahr, um so rasch als möglich die von der Truppe zurückgelassene Munition einer eingehenden Kontrolle zu unterziehen.

Nach der Explosion im Fort Dailly wurde schließlich als Sofortmaßnahme auch angeordnet, daß keine neuen Großanlagen mehr in Bau genommen oder darin Erweiterungen vorgenommen werden. In den von der Truppe selbst erstellten Festungsanlagen wurden Einrichtungen wie Munitionsgasse, elektrische Leitungen usw., den heutigen Vorschriften entsprechend abgeändert. Da auch nach dem Expertengutachten die Ursache der Explosion im Fort Dailly nicht mit Sicherheit feststeht, wurden und werden alle Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten ergriffen, die geeignet erscheinen, künftige ähnliche Katastrophen zu verhindern.

sichtlosigkeit, mit der Forderung nach Verzicht auf die Maßnahme bei den politischen Instanzen durchzudringen, erklärt, daß ein starker progressiv aufgebauter Wehrsteuertarif die einzige gangbare Lösung darstellen würde.

Kriegsschäden, Bern, 21. Jan. ag In Niedersachsen-Indien ist eine Verordnung erlassen worden über die Auszahlung einer Entschädigung an Personen, die infolge der japanischen Besetzung einen Lohnausfall erlitten. Das eidgenössische Politische Departement, Sektion Rechtswesen, ist in der Lage, interessante Auskünfte zu erteilen.

Unglücksfälle und Verbrennen

Auffindung eines vermissten Sportflugzeugs

Bern, 22. Jan. ag Wie das eidgenössische Post- und Eisenbahndepartement mitteilt, ist das schwere Piper-Flugzeug HB-00P, das am Mittwochabend mit den Insassen Peter Messerli und Karl Schori in Samedan aufgestiegen war, um nach Davos zu fliegen, nicht an seinem Bestimmungsort eingetroffen. Am Donnerstag früh haben andere Flugzeuge von Samedan und Davos aus Nachforschungen unternommen. Es gelang ihnen, das vermisste Flugzeug sowie einen der Insassen im Gebiet des Saastalpasses auf etwa 2600 m ü. M. festzustellen. Es wurden Decken und Lebensmittel abgeworfen. Eine Rettungskolonne ist von Davos aus unterwegs.

Verbrannte Schweißfledermaus, Baden, 21. Jan. Ihr. Bei einem Güter-Extrazug Basel-Brunig-Zürich wurde am Mittwoch früh zwischen Brugg und Baden in zwei Güterwagen Feuer festgestellt. Als die mit Schweiß beladenen Wagons in Baden einfuhren, alarmierte der Bahnhofsvorstand das Feuerwehrleitkabinett. Die brennenden Wagen wurden aus dem Zuge ausmangelt, auf ein Seitengleis geschoben und von der Feuerwehr mit Schaufelbürsten in Angriff genommen. Das Feuer konnte in kurzer Zeit erstickt werden, doch ist an der Schweißladung beträchtlicher Schaden entstanden.